

Bürokratieabbau in Berliner Krankenhäusern

Der Senat wird aufgefordert, analog zum laufenden bayerischen Modellprojekt, ein Aktionsbündnis "Bürokratieabbau für Berliner Krankenhäuser" bestehend aus Senat, Medizinischem Dienst, Berliner Krankenhausgesellschaft sowie Vertretern der gesetzlichen Krankenkassen zu gründen, Handlungsfelder zu definieren, Lösungskonzepte zu entwickeln und diese mit einem Handlungsplan praktikabel umzusetzen.

Als mögliche Maßnahmen kommen dabei unter anderem in Betracht:

- Vereinfachungen bei Entgeltverhandlungen z.B. bei Zusatzentgelten mittels "gemeinsamer Hinweise" anstelle von aufwändigen krankenhausindividuellen Verhandlungen
- aufwandsärmere Strukturprüfungen und Qualitätskontrollen
- Optimierung der medizinischen Begründungen (MBEG)
- Etablierung eines Modellprojekts Vorabprüfungen
- Überprüfung landesrechtlicher Normen nach Aufwand und Nutzen

und weitere kooperative Projekte und Absprachen, die geeignet sind, den bürokratischen Aufwand auf allen Seiten zu reduzieren.

Begründung

Studien zeigen, dass Krankenhauspersonal durchschnittlich bis zu vier Stunden täglich am Schreibtisch verbringt. Diese für Bürokratie aufgewendete Zeit fehlt am Ende für den direkten Kontakt mit den Patientinnen und Patienten und belastet das Personal zusätzlich. Obwohl Karl Lauterbach angekündigt hatte, die Bundesregierung werde eine Initiative zur Entlastung der Krankenhäuser von bürokratischen Tätigkeiten starten, sind dieser Ankündigung bis heute keine Taten gefolgt. Im Gegenteil – so heißt es seitens der Krankenhauslandschaft – wurden mit den kürzlich verabschiedeten und geplanten Gesetzes- und Reformvorhaben zusätzliche bürokratische Vorgaben geschaffen.

Auch wenn die Bundesebene durch ihre Gesetzgebungskompetenz die entscheidenden Hebel für den Bürokratieabbau in der Hand hält, gibt es auch auf Landesebene Spielräume, die es nun zu nutzen gilt. Wenn der Bund entgegen seiner Versprechen nicht aktiv wird, müssen wir als Land zumindest dort etwas bewegen, wo wir mit anderen Akteuren gemeinsam für Entlastung sorgen können. Nach dem Vorbild des Freistaats Bayern streben wir daher an, dass sich das Land Berlin mit anderen Beteiligten des Gesundheitswesens zusammentut und mit dem Bürokratieabbau in Berliner Krankenhäusern beginnt.

Die zentrale Aufgabe des Gesundheitswesens besteht darin, Patientinnen und Patienten bestmöglich medizinisch zu versorgen. Dieses Ziel erfordert eine effiziente Nutzung der verfügbaren Ressourcen.

Auch in Berlin stehen die Krankenhäuser vor der Herausforderung, hochwertige medizinisch-pflegerische Leistungen bereitzustellen, welche bestimmten Qualitätsstandards entsprechen müssen. Um diese Standards einhalten zu können, bedarf es ausreichender personeller und infrastruktureller Ressourcen. Ineffiziente Prozesse und übermäßige bürokratische Belastungen können in der Aufrechterhaltung medizinischer und pflegerischen Standards hinderlich sein und sollten überprüft werden.

Die Notwendigkeit des Bürokratieabbaus ist eine Maßnahme zum Wohle der Patientinnen und Patienten. Ein effizienterer Umgang mit Ressourcen führt zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern. Dies wiederum hat direkte Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung, indem es dem medizinischen Personal ermöglicht wird, sich verstärkt auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren – die Patientenversorgung.

Das bayerische Modellprojekt "Bürokratieabbau in bayerischen Krankenhäusern" hat zeigen können, dass es durch einen strukturierten Dialog zwischen Kostenträgern, Krankenhausträgern und weiteren Akteuren der Gesundheitsversorgung möglich ist, konkrete Lösungskonzepte zu erarbeiten, die den Bedürfnissen der verschiedenen Bereiche, darunter Ärzteschaft & Pflege, IT, Controlling, Verwaltung gerecht werden.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

Telefon: (030) 23 25 21 15Telefax: (030) 23 25 27 65mail@cdu-fraktion.berlin.dewww.cdu-fraktion.berlin.de